

Deutschland will neue Kriegsmaschine finanzieren

Phil Butler

Die Nachricht, dass die deutsche Politik einen 107-Milliarden-Euro-Fonds zur Aufstockung des Militärs genehmigt hat, ist bezeichnend und gibt Anlass zum Nachdenken. Was kann schon schiefgehen, wenn die Deutschen beschließen, mehr Geld für Aufrüstung auszugeben als alle anderen Nationen außer den USA oder China?

Natürlich behauptet das westliche Bündnis, die Deutschen würden nur auf die jahrzehntelange Kritik reagieren, dass Deutschland sich in der Vergangenheit nicht an die Vereinbarungen zur Unterstützung der NATO gehalten habe. Aber nur wenige glauben, dass es Berlin darum geht, die „Verantwortung“ für den Schutz des Bündnisses zu übernehmen. Deutschland steckt in der Klemme, weil das Land eine führende Rolle im Krieg gegen Russland spielt, sowohl wirtschaftlich als auch mit materieller Unterstützung. Die Rhetorik läuft auf Hochtouren, wie diese Erklärung von Außenministerin Annalena Baerbock zeigt:

„Dies ist der Moment, in dem Deutschland sagt, wir sind da, wenn Europa uns braucht.“

Und jeder in Europa und im Ausland weiß, wie sehr die Deutschen ihre EU- und NATO-Brüder und -Schwestern lieben und für sie sorgen. Als Nächstes werden in der Werbung für das Vierte Reich griechische und rumänische Kinder gezeigt, die von blauäugigen deutschen Jugendführern in bunten braunen Hemden verhätschelt werden.

Die Deutschen sind sogar so weit gegangen, die „Verfassung“ des Landes zu ändern, um den Aufbau einer neuen Panzerelite und Luftwaffenlegion zu ermöglichen. Und wer daran zweifelt, dass die NATO die aktuelle Ukraine-Krise herbeigeführt hat, um Russland ausbluten zu lassen, dem sei gesagt, dass es genau drei Tage dauerte, bis Bundeskanzler Olaf Scholz einen Sonderhaushalt von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung des deutschen Militärs und die Modernisierung seiner veralteten Ausrüstung zusagte, nachdem Russland zum militärischen Eingreifen gezwungen worden war.

Das ist ziemlich schnelles Handeln für einen Haufen deutscher Bürokraten, die riesige Summen für die einzige Sache versprechen, die EU-Politiker interessiert. Meinen Sie nicht auch? Nun, jeder, der die Geopolitik objektiv analysieren kann, kennt diese Antwort. Daher war es keine Überraschung, als Russland diesen Schritt ablehnte und Deutschland der „Remilitarisierung“ und der Rückbesinnung auf die Nazi-Vergangenheit beschuldigte. Für viele Experten bedeutet diese Nachricht einfach eine Ausweitung des Krieges in Europa.

Da der größte Teil des vorgeschlagenen Budgets für deutsche F-35-Mehrzweckkampfflugzeuge aus den USA vorgesehen ist, ist es ziemlich offensichtlich, wer hinter dem auftauchenden neuen europäischen Reich unter deutscher Führung steht. Der deutsche Scholz könnte genauso gut im US-Außenministerium arbeiten, wenn man bedenkt, dass er die Dekrete der Regierung Biden nachplappert. Erst kürzlich äußerte der deutsche Bundeskanzler, dass „Putin nicht den Frieden im Krieg diktieren kann“ und sagte, die Russen „werden nicht gewinnen“.

Das wirklich Traurige an der ganzen Sache ist, dass die Führer dieser Länder keinerlei Verantwortung für eine Politik tragen, die bereits mehr als eine Milliarde Menschen schädigt. Die Deutschen

werden für diese neuen Waffen bezahlen, und die EU-Länder werden nachziehen. Hier in Griechenland ist die F-35 bereits bestellt, um Geisterbataillone und die Türken zu bekämpfen, die täglich im griechischen Fernsehen verunglimpft und in Angst und Schrecken versetzt werden.

Und die Führungskräfte und Investoren von Lockheed Martin grinsen und reiben sich die Hände über künftige Produktionsquoten. Die Nachricht, dass das Unternehmen seine Produktion von Javelin-Panzerabwehrraketen bereits verdoppelt hat, erinnert an die Blutgeld-Albträume aus Vietnam.

Es sind verzweifelte und gefährliche Zeiten. Und die Menschen scheinen hilflos, irgendetwas zu tun, um den kommenden Kataklysmus aufzuhalten. Obwohl Politiker wie die republikanische Senatorin Deb Fischer Aktien von Unternehmen wie Lockheed Martin hält, während sie einen Unterausschuss für Streitkräfte des US-Senats leitet, scheinen die Wähler von Athen, Griechenland, bis Washington, D.C., entweder hilflos oder apathisch gegenüber der drohenden Apokalypse zu sein.